

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	112
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	778/2017
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	11.12.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	BM Wölfle		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Task Force "Integration von Flüchtlingen" - Abschlussbericht -		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 27.11.2017, öffentlich, Nr. 157

Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.11.2017, GRDRs 778/2017.

Dieser Tagesordnungspunkt ist ausführlich im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 27.11.2017, s. NNr. 157 (SGA), beraten worden.

BMin Fezer erinnert an die Gründung der Task Force und geht einführend auf die Historie ein, bevor sie BM Wölfle das Wort gibt. Zusammenfassend äußert BM Wölfle, durch die Integration von Flüchtlingen hätte eine Belebung der Stadtgesellschaft stattgefunden. In diesem Zusammenhang dankt er dem Oberbürgermeister und sämtlichen Akteuren, die intensiv an der Task Force mitgewirkt haben. Die Stadtverwaltung, Träger und Ehrenamtliche hätten durch ihre Zusammenarbeit maßgeblich zu dem positiven Ergebnis, und damit zu einer besseren Integration von Flüchtlingen, beigetragen. Allerdings sei die Aufgabenstellung noch nicht erledigt, die Integration von Geflüchteten und Neuankömmlingen bleibe eine der größten Herausforderungen. Dafür seien stabile Netzwerkstrukturen notwendig, die auch in Zukunft - unter Federführung von SI - aktiviert werden können. Im Jobcenter sei die Beratung und Betreuung der geflüchteten Menschen auf eine regionale Bearbeitung umgestellt worden. Mit den freien Trägern in

der Flüchtlingsbetreuung werde eine Schwerpunktsetzung ebenfalls in Richtung Regionalisierung stattfinden, sodass vor Ort jeweils alle Beteiligten wissen, mit wem sie es zu tun haben. Dadurch lerne man den Stadtbezirk besser kennen, um in der Zusammenarbeit mit den Beratungszentren gute Ergebnisse zu erzielen.

Der Abschlussbericht der Task Force mache deutlich, dass die Leistungen und Angebote für Geflüchtete in den Regelbetrieb überführt werden konnten, erwähnt StRin Ripsam (CDU). In den Haushaltsplanberatungen stehe die Schulsozialarbeit im Fokus für Kinder und Jugendliche, um als Instrument ein gutes Einleben und eine gute Erwerbsbiografie zu ermöglichen. Im Anschluss erkundigt sich StRin Ripsam nach der Anzahl von Kindern, die aktuell in den Systembauten wohnten und nicht mit Betreuungsangeboten innerhalb des Regelbetriebs versorgt seien. Im Namen ihrer Fraktion bedankt sich die Stadträtin bei der Verwaltung für den Abschlussbericht und bei sämtlichen Akteuren für ihren Einsatz. Die Aufnahme der geflüchteten Kinder in Kindertagesstätten, so Frau Dr. Heynen (JugA), gelinge ganz gut. Die Anzahl der Kinder, die auf der Rechtsanpruchsliste geführt werden, habe sich verringert.

Den Dankesworten schließen sich im weiteren Verlauf auch BMin Fezer, StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), StRin Vowinkel (SPD), Frau Haller-Kindler (OB-KB), Herr Arpad und Herr Stein an.

An StRin Ripsam anschließend äußert StRin Nuber-Schöllhammer, das Ankommen der Kinder in Schule und Ganztagschule sei wichtig für die Integration. Durch die Aufnahme der Kinder in Kindertagesstätten erfahren diese das Erlernen der Sprache und den Anschluss an andere Kinder. Im Sinne der Integration, so BM Wölfle, sei bei den Sprachkursen für die jungen Mütter eine Kinderbetreuung unumgänglich, solange die Kinder noch von ihren Eltern betreut werden. Im weiteren Verlauf erkundigt sich StRin Nuber-Schöllhammer nach einer Beratungsmöglichkeit in den Unterkünften für Schwangere und junge Familien. Hierzu erwähnt Frau Dr. Heynen, das Programm des Elternseminars sei aufgegriffen worden, und darüber hinaus gebe es eine Kooperationsvereinbarung mit den Beratungszentren. Diese würden zunehmende Fallzahlen verzeichnen, wobei die Intensität des Beratungsbedarfs gestiegen sei. Je größer die Sicherheit der Familien, desto mehr fände eine Konfrontation mit den Belastungen statt.

Die Aufnahme in Regelstrukturen wie Kita und Schule sei für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen bedeutend, bemerkt StRin Nuber-Schöllhammer. Lobend erwähnt sie Projekte und Maßnahmen zum Empowerment von Geflüchteten im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Hierzu äußert BM Wölfle, neben funktionierenden Regelstrukturen gebe es leistungsfähige Hilfen durch soziale Betreuung, die von den Trägern und Ehrenamtlichen geleistet werde.

StRin Vowinkel sieht es ebenfalls als eine große Aufgabe an, die geflüchteten Menschen in Regelstrukturen zu überführen. Wie ihre Vorrednerin betont sie die Leistung von Ehrenamtlichen, die mittlerweile aufgrund des Asylrechts einen langen Atem benötigten. Sie fragt nach der Möglichkeit, geflüchtete Kinder in Ganztagschulen unterzubringen und nach dem Belegungsstatus des Ausbildungscampus hinsichtlich des Übergangs Schule - Beruf. StRin Vowinkel meint weiter, dass besonders die Situation von Frauen, neben Kindern und Jugendlichen, als Zielgruppe gesehen werden muss. Der Genderaspekt bei den Geflüchteten, inwieweit die Menschen unterschiedlich begleitet werden müssten, werde nicht berücksichtigt. Dieser Aspekt sollte auch in den Arbeitsgruppen herangezogen werden. Dieser Aussage schließt sich Herr Stein an und meint,

dass in der weiterführenden Arbeit die Geschlechtsidentität beachtet werden sollte. Darauf eingehend stimmt BMin Fezer als Vorsitzende des Gleichstellungsbeirats den Ausführungen zum Genderaspekt zu. Es seien unterschiedliche Situationen im Hinblick auf Frauen oder Männer und angesichts sexueller Ausrichtung zu betrachten. Das führe zu speziellen Problematiken, die im Gleichstellungsbeirat mit den Stadträten und den sachkundigen Mitgliedern erörtert würden.

StR Brett (AfD) plädiert für die Einrichtung einer Task Force zur Rückführung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht. Er fragt nach Rückführungsbemühungen der Stadt Stuttgart und bittet um Auskunft. Dazu antwortet BM Wölfle, die Menschen, die kein Bleiberecht hätten, werden auf die Rückkehr gut vorbereitet.

Herr Gerstlauer bemerkt zu den unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA), diese würden demnächst volljährig und könnten daher keine Maßnahmen der Jugendhilfe mehr in Anspruch nehmen, die sie allerdings benötigten. Herr Gerstlauer betont, dass eine gute Integration der UMA auch nach deren Volljährigkeit weiterhin eine der Aufgaben der Stadt sein müsse. Er fragt, wie das gelingen könne. Auch beim Übergang Schule - Beruf und in der Sprache müssten die jungen Erwachsenen weiter gefördert werden. Ebenfalls sei eine Verbesserung der Schulsozialarbeit - und damit ein weiterer Ausbau - vonnöten. Die verlässliche Patenschaft mit jungen Menschen, so BM Wölfle, helfe diesen beim Übergang zum Erwachsenwerden. Frau Dr. Heynen ergänzt, die UMA erhalten Hilfen für junge Volljährige bis zum 21. Lebensjahr. Die Gestaltung des Übergangs mit den Themen Wohnen, Sprache, Ausbildung und Beruf sei anspruchsvoll. Die ehrenamtliche Unterstützung spiele hierbei eine große Rolle.

Als Mitglied der AG Familien, Kinder und Jugendliche, so Frau Haller-Kindler, sollten die Maßnahmen für die Geflüchteten in den Regelbetrieb überführt werden. Gerade der Aufwand für die Beratungszentren sei immens gestiegen. Die mangelnde Perspektive für die Geflüchteten vonseiten des Landes, die Kinder in den VK-Klassen in den Ganztages schulbetrieb zu übernehmen, gestalte die Situation schwierig. Dieser Aussage schließt sich BM Wölfle an und meint, es sei sehr ärgerlich, die Kinder nur 15 Stunden beschulen zu können. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommune blieben hierbei beschränkt. Allerdings habe er sich gefreut, dass in den Haushaltsplanberatungen finanzielle Mittel für die Schulsozialarbeit und für die Beratungszentren in den Stadtbezirken vorgesehen seien.

Frau Haller-Kindler bemerkt, die Familien in Stuttgart, die eine Anerkennung besäßen, müssten in den Unterkünften wohnen bleiben. Die damit einhergehenden Lebensbedingungen seien nicht für Kinder und Jugendliche geeignet. Überlegungen zu möglichen Räumlichkeiten drängen sich hinsichtlich vieler Kleinkinder und Säuglinge auf. Im Zuge des Kinderschutzes sollte Kindern und Familien geholfen werden, sodass die Integration weiterhin gelinge. Darauf eingehend erklärt BM Wölfle, in den Unterkünften gebe es nach Informationen der Polizei keinen besonderen Schwerpunkt häuslicher Gewalt. Es werde versucht, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden und 7 m² pro Person zur Verfügung zu stellen. Die Herausforderung bliebe allerdings weiterhin bestehen, der zunächst mit Hausaufgabenräumen und geschlechtergetrennten Räumen begegnet werde.

Herr Arpad schließt sich seinen Vorrednerinnen und Vorrednern an im Hinblick auf die gelungene ämterübergreifende und trägerübergreifende Kooperation, die gute Strukturen geschaffen habe. Er bringt hinsichtlich der Anschlussunterbringung das Stuttgarter

Modell einer dezentralen Unterbringung ins Spiel und interessiert sich für die Belegungszahl in den Flüchtlingsunterkünften. Eine weitere Frage stellt Herr Arpad nach der Neuausrichtung der gesellschaftlichen Integrationspolitik in Stuttgart und ob an ein erneutes Bündnis für Integration gedacht werde.

Gegenüber Herrn Arpad äußert BM Wölfle, dass das Thema Integration nicht nur auf Geflüchtete reduziert werde, sondern gesamtgesellschaftlich verstanden werde. Nach Plänen der Verwaltung sollte es eine Steuerungsgruppe geben, die die gesamtgesellschaftliche Integrationsarbeit in Stuttgart voranbringe. BM Wölfle äußert zusammenfassend, in Stuttgart gebe es gute Strukturen für die Menschen, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus hätten. Für die Menschen, die über keinen gesicherten Bleibestatus verfügten, sei es schwierig, Regelstrukturen vorzusehen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 778/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat SI
SI-IP
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN